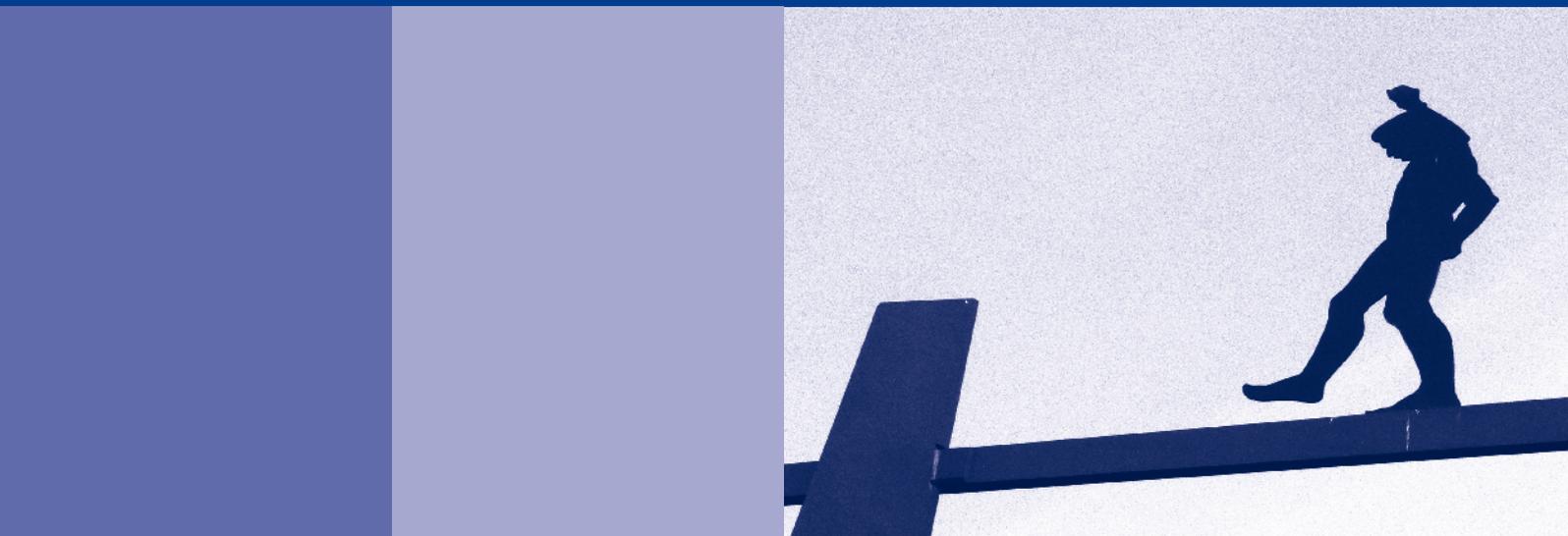


Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2009



Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 75-2405
Telefax: +49 (0) 611 75-3330
www.destatis.de/kontakt

Autor: Johannes Proksch

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Statistisches Bundesamt
Bereich „Soziales“
Telefon: +49 (0) 611 75-8953
Telefax: +49 (0) 611 75-8994
sbe@destatis.de

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen im September 2011

Weiterführende Informationen:

www.amtliche-sozialberichterstattung.de oder www.statistikportal.de

Fotorechte: © Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Einführung	4
Eckdaten zur sozialen Mindestsicherung in Bund und Ländern 2009	6
Anhang 1: Überblick über weitere Leistungen der sozialen Sicherung	11
Anhang 2: Überblick zur Sozialberichterstattung in Deutschland	13
2.1 Landessozialberichte	13
2.2 Armuts- und Sozialberichterstattung auf Bundesebene	18
Anhang 3: Tabellen/Zeitreihen	21
Tabelle A1: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2009 nach Leistungssystemen und Ländern	21
Tabelle A2: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2006 bis 2009 nach Ländern	22
Tabelle A3: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitssuchende im Dezember 2005 bis 2009	23
Tabelle A4: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2005 bis 2009	24
Tabelle A5: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am Jahresende 2003 bis 2009	25
Tabelle A6: Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am Jahresende von 1994 bis 2009	26
Tabelle A7: Empfängerinnen und Empfänger laufender Leistungen der Kriegsopferfürsorge und Bruttoausgaben der Kriegsopferfürsorge von 1963 bis 2008 ...	27
Tabelle A8: Bruttoausgaben für ausgewählte Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2006 bis 2009	28
Tabelle A9: Anzahl der Kinder mit Kinderzuschlag am Jahresende 2006 bis 2009	29
Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit	30

Zeichenerklärung und Abkürzungen

X	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
–	= nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
%	= Prozent
EUR	= Euro
SGB	= Sozialgesetzbuch

Hinweis:

Die Bundesagentur für Arbeit hat im April 2011 die Daten zur Grundsicherung für Arbeitsuchende rückwirkend ab dem Berichtsjahr 2007 revidiert. Aus diesem Grund kommt es bei Zeitreihen ggf. zu geringfügigen Abweichungen gegenüber den Daten aus den vorherigen Mindestsicherungsberichten.

Quelle der Abbildungen, soweit nicht anders angegeben:
Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Einführung

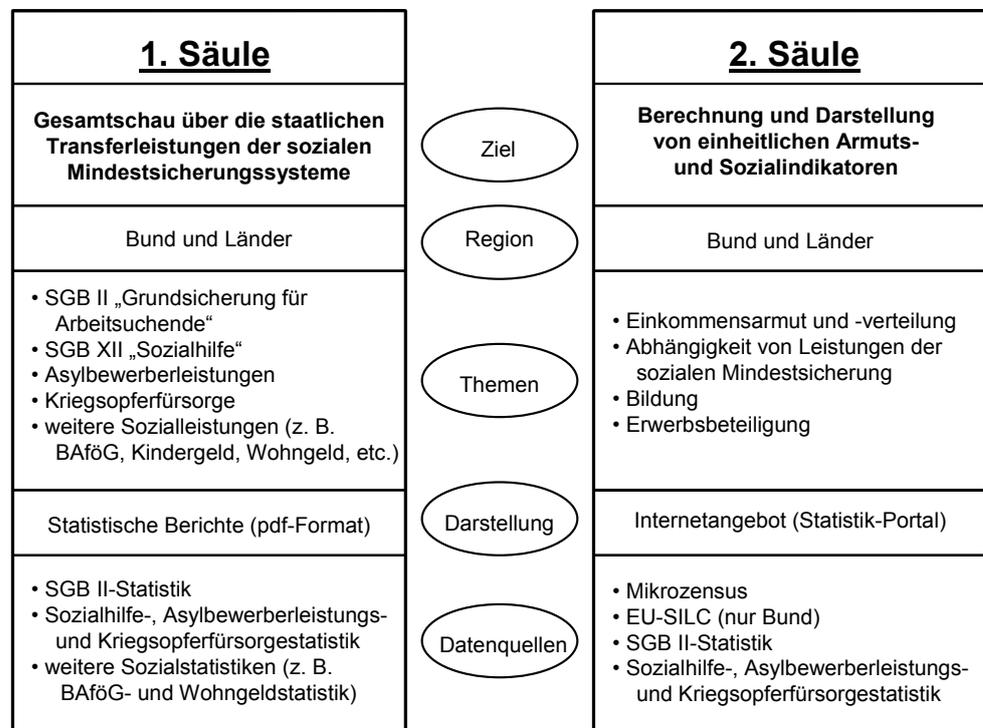
Projekt „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“

Der Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland“ ist Teil des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“, das seit Mitte 2006 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt wird. Die Sozialberichterstattung hat die Aufgabe, den Zustand und die Veränderung der allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung kontinuierlich zu beobachten und zu beschreiben. Sie stellt damit entscheidungsrelevante Informationen für die Sozialpolitik sowie für die interessierte Öffentlichkeit bereit.

1. Säule: Mindestsicherungsberichte

Das Projekt basiert auf zwei Säulen: Die erste Säule bietet – in Form statistischer Berichte – eine Gesamtschau über die staatlichen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme in Deutschland auf Ebene des Bundes und der Länder. Im September 2008 ist der erste Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006“ erschienen. Diese Publikation gibt als Bestandsaufnahme einen Überblick über Leistungen, Strukturen, Fallzahlen und Ausgaben der sozialen Mindestsicherungssysteme in Deutschland, und zwar vor bzw. nach Einführung der „Hartz-IV-Reformen“ Anfang 2005. Mit jährlich folgenden aktualisierten Mindestsicherungsberichten wird diese Berichterstattung fortgesetzt und weiterentwickelt, wobei im vorliegenden vierten Bericht die Datenlage bis einschließlich Ende 2009 berücksichtigt ist.

Abbildung 1: Überblick zum Projekt „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“



Die zweite Säule des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ besteht in der Bereitstellung von Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Ebene von Bund und Ländern. Es ist geplant, zukünftig das Datenangebot systematisch um regional tiefer gegliederte Ergebnisse zu erweitern. Armutsgefährdungsquoten in tiefer regionaler Gliederung unterhalb der Ebene der Länder stehen bereits zur Verfügung. Dies trägt dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Armuts- und Sozialindikatoren auf regionaler Ebene Rechnung.

2. Säule: Armuts- und Sozial- indikatoren

Mit ihrer Hilfe soll das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung gemessen werden. Diese Indikatoren, detaillierte methodische Erläuterungen zu den für die Sozialberichterstattung relevanten Datenquellen und den angewandten Berechnungsverfahren sowie Hinweise zu Ansprechpartnern und weiteren Informationsquellen wurden im Mai 2009 im gemeinsamen „Statistik-Portal“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlicht. Dieses Informationsangebot wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt. Der Zugriff erfolgt über folgenden Link¹: www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

Das dortige Datenangebot umfasst Kernindikatoren aus den vier Bereichen Einkommensarmut und Einkommensverteilung, Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen, Qualifikationsniveau und Erwerbsbeteiligung. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Armutsgefährdungsquote, die für den Zeitraum ab 2005 in tiefer regionaler Gliederung dargestellt ist.

Der vorliegende vierte Mindestsicherungsbericht stellt die aktuellen Strukturdaten der verschiedenen Mindestsicherungsleistungen für das Berichtsjahr 2009 in den Blickpunkt. Sofern möglich und sinnvoll, wird auf die Veränderungen zu 2008 oder zu vorigen Jahren eingegangen. Der Bericht erscheint wie im Vorjahr als Kurzfassung. Im Anhang finden sich ein Überblick über die sonstigen Leistungen bzw. Systeme zur sozialen Sicherung, ein Überblick zur Sozialberichterstattung in Deutschland, umfangreiche Bundes- und Ländertabellen einschließlich Zeitreihen, das Adressverzeichnis der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit.

Konzeption und Gliederung des 4. Mindestsicherungs- berichts

¹ Innerhalb dieses Internetangebots stehen unter der Rubrik „Mindestsicherung“ auch alle bisher im Rahmen des Projekts erstellten Berichte zur sozialen Mindestsicherung in Deutschland kostenfrei im pdf-Format zur Verfügung.

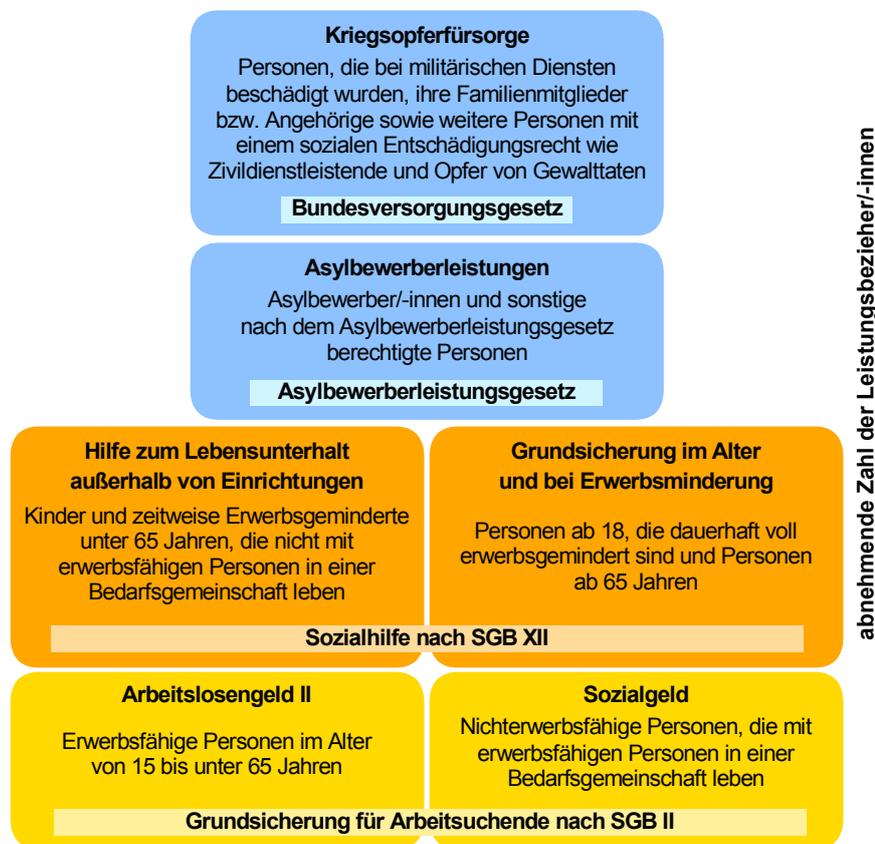
Eckdaten zur sozialen Mindestsicherung in Bund und Ländern 2009

Welche Leistungen zählen zur sozialen Mindestsicherung?

Die Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme (siehe Abbildung 2) sind finanzielle Hilfen des Staates, die – zumindest ergänzend zu eventuell vorhandenen anderen Einkünften – zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt werden. Im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden folgende Leistungen zu den Mindestsicherungsleistungen gezählt:

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) „Grundsicherung für Arbeitsuchende“
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII
- Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Abbildung 2: Übersicht zu den sozialen Mindestsicherungssystemen in Deutschland



In Deutschland erhielten am Jahresende 2009 rund 7,8 Millionen Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit war knapp jeder zehnte (9,5 %) in Deutschland lebende Mensch auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Erstmals seit 2006 stieg damit die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen wieder an (+ 1,5 %). Im Jahr 2009 sind für diese Leistungen Kosten in Höhe von 41,6 Milliarden Euro entstanden; gegenüber 2008 entspricht dies einer Ausgabensteigerung um 3,1 %.

Knapp 10 % der Bevölkerung bezieht Mindestsicherungsleistungen

Tabelle 1: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2009 und Ausgaben im Jahr 2009

Leistungsart	Empfänger/-innen		Ausgaben		Ausgaben je Einwohner ¹
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	
	Anzahl	%	Milliarden EUR	%	EUR
Leistungen nach dem SGB II insgesamt	6 737 363	1,9	35,9 ²	2,9	439
davon					
Arbeitslosengeld II	4 908 304	2,3	.	.	.
Sozialgeld	1 829 059	0,9	.	.	.
Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII insgesamt	856 614	- 0,4	4,6	6,3	56
davon					
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	92 750	0,5	0,6	5,4	7
Laufende Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	763 864	- 0,5	4	6,5	49
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz .	121 235	- 5,2	0,6	- 3,7	7
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge ³	46 256	X	0,5 ⁴	X	6 ⁴
Insgesamt	7 761 468	1,5	41,6	3,1	508

1 Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2009.

2 Ausgaben für Leistungen, die unmittelbar für die Kosten des Lebensunterhalts gezahlt werden (sogenannte „passive Leistungen“). In diesem Betrag sind die hochgerechneten Ausgaben der Kommunen für die Kosten der Unterkunft und Heizung enthalten.

3 Alle Angaben zur Kriegsopferstatistik beziehen sich auf das Berichtsjahr 2008 (Statistik wird nur zweijährlich durchgeführt).

4 Gesamtausgaben der Kriegsopferfürsorge; eine exakte Untergliederung der Ausgaben nach "laufenden Leistungen" ist nicht möglich.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Der mit Abstand größte Teil der Personen, die Mindestsicherungsleistungen bezogen, und damit auch der größte Teil der Ausgaben, entfiel auf die Leistungen nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Über 6,7 Millionen Personen erhielten im Dezember 2009 diese umgangssprachlich mit „Hartz IV“ bezeichneten Leistungen. Die Empfängerzahl stieg gegenüber dem Vorjahr (6,6 Millionen) um 1,9 % an. Die Ausgaben für passive Leistungen nach dem SGB II – das sind Leistungen, die unmittelbar für die Kosten des Lebensunterhalts gezahlt werden – beliefen sich im Jahr 2009 auf rund 35,9 Milliarden Euro.

Hohe Bezugsquoten in den Stadtstaaten und im Osten

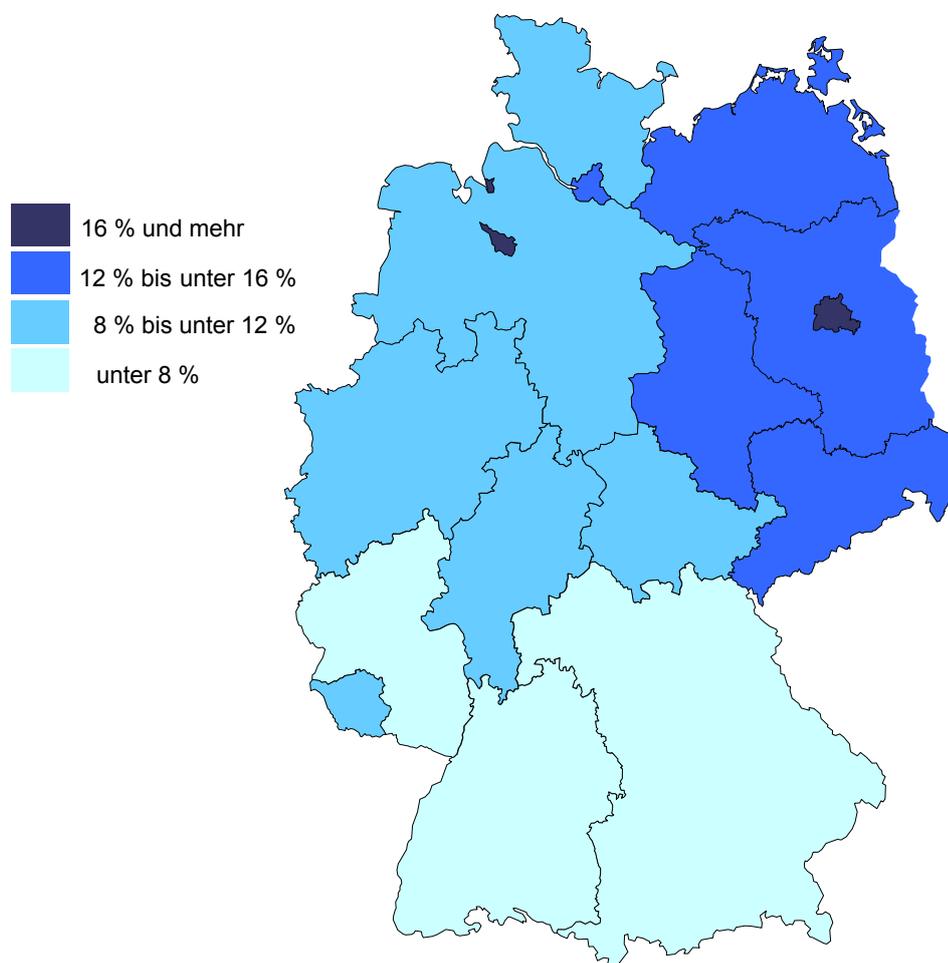
Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass – wie in den Vorjahren – vor allem die Menschen in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen waren (siehe Abbildung 3). Mit der im Ländervergleich höchsten Bezugsquote von 19,5 % (Vorjahr: 19,3 %) erhielt fast jeder fünfte Berliner Bürger am Jahresende 2009 Leistungen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts. Die zweithöchste Bezugsquote hatte Bremen mit 16,7 % (Vorjahr: 16,3 %). Unter den Flächenländern lagen die Bezugsquoten in Sachsen-Anhalt mit 15,1 % (Vorjahr: 15,4 %) sowie in Mecklenburg-Vorpommern mit 15,0 % (Vorjahr: 15,5 %) am höchsten.

Die niedrigsten Bezugsquoten gab es Ende 2009 – ebenfalls wie im Vorjahr – in den südlichen Bundesländern. So erhielten in Baden-Württemberg 5,4 % (Vorjahr: 5,1 %) der Bevölkerung Leistungen der Mindestsicherungssysteme. Bayern hatte mit 4,9 % (Vorjahr: 4,7 %) erneut die niedrigste Mindestsicherungsquote. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wiesen lediglich noch Rheinland-Pfalz mit 7,2 % (Vorjahr: 7,0 %), Hessen mit 8,7 % (Vorjahr: 8,5 %) sowie das Saarland mit 9,4 % (Vorjahr: 9,1 %) unterdurchschnittliche Mindestsicherungsquoten auf. Einen Überblick über die regionale Verteilung der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen gibt Abbildung 3 auf Seite 9.

Nachdem der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung nach 2006 in den Folgejahren 2007 und 2008 abnahm, stieg die Mindestsicherungsquote für Gesamtdeutschland im Jahr 2009 nun erstmals wieder leicht an. Einen weiteren Rückgang der Mindestsicherungsquote wie in den Vorjahren gab es nur in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Thüringen blieb die Quote gegenüber dem Vorjahr konstant, in allen westdeutschen Bundesländern dagegen stieg die Mindestsicherungsquote an.

Abbildung 3: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2009 nach Ländern

Anteil an der Gesamtbevölkerung in %



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Weitere Angaben über die Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Transferleistungen, der Mindestsicherungsquote und der Bruttoausgaben für Mindestsicherungsleistungen – einschließlich Zeitreihen – befinden sich im Anhang des Berichts.

Darüber hinaus sind im Anhang Daten in einer Tabelle für 2009 zum Kinderzuschlag nach Bundesländern angegeben. Dieser zählt im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung nicht zu den staatlichen Mindestsicherungsleistungen. Er wird einkommensschwachen Familien gewährt, wenn Eltern durch ihr Einkommen zwar ihren eigenen Lebensunterhalt, nicht aber für den ihrer Kinder in vollem Umfang aufkommen können. Ein Bezug von Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) soll dadurch vermieden werden.

Die Anzahl der Kinder, denen Kinderzuschlag gewährt wurde, stieg in den letzten Jahren durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Kinderzuschlags stark an. Mehr als 185 000 Kindern hat die dafür zuständige Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2009 entsprechende Leistungen gezahlt.

Anhang

Anhang 1: Überblick über weitere Leistungen der sozialen Sicherung

Neben den in dieser Publikation beschriebenen staatlichen Mindestsicherungsleistungen gibt es in Deutschland eine Vielzahl staatlicher Leistungen bzw. Leistungen der Sozialversicherungen, die für die soziale Sicherung der Bevölkerung von erheblicher Bedeutung sind.² Die nachstehende Tabelle 2 gibt einen Überblick über die in diesem Zusammenhang wichtigsten sonstigen Leistungssysteme und ihre jeweiligen gesetzlichen Grundlagen. Ferner ist aus der Tabelle ersichtlich, welche Institutionen im Wesentlichen über statistische Daten zur Inanspruchnahme der jeweiligen Leistungen verfügen.³

Tabelle 2: Übersicht über weitere Sozialleistungen, die nicht zu den sozialen Mindestsicherungssystemen gezählt werden

Leistung	Gesetzliche Grundlage	Statistik (Datenhalter)
1. Sozialversicherungssysteme		
Arbeitslosenversicherung/ Arbeitslosengeld I	SGB III „Arbeitsförderung“	Bundesagentur für Arbeit
Krankenversicherung	SGB V „Gesetzliche Krankenversicherung“	Bundesministerium für Gesundheit (BMG)/ Statistische Ämter des Bundes und der Länder/ Gesundheitsberichterstattung des Bundes ⁴
Rentenversicherung	SGB VI „Gesetzliche Rentenversicherung“	Deutsche Rentenversicherung
Unfallversicherung	SGB VII „Gesetzliche Unfallversicherung“	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Pflegeversicherung	SGB XI „Soziale Pflegeversicherung“	Statistische Ämter des Bundes und der Länder/ Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

2 Detaillierte Informationen hierzu finden sich in der Broschüre „Soziale Sicherung im Überblick“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

3 Das jährlich erscheinende „Statistische Jahrbuch“ des Statistischen Bundesamtes bietet einen guten Einstieg in die Datenlage. Im Kapitel 8 „Sozialleistungen“ werden – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen/Behörden (z. B. Ministerien, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung) dargestellt.

4 Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) wird als gemeinsame Aufgabe durch das Statistische Bundesamt und das Robert Koch-Institut durchgeführt. Einzelheiten hierzu sowie umfangreiche Daten bietet das Informationssystem der GBE: <http://www.gbe-bund.de>.

Noch: **Tabelle 2: Übersicht über weitere Sozialleistungen, die nicht zu den sozialen Mindestsicherungssystemen gezählt werden**

Leistung	Gesetzliche Grundlage	Statistik (Datenhalter)
2. Förderungs- und Fürsorgesysteme		
Wohngeld	Wohngeldgesetz (WoGG)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Ausbildungsförderung	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)	SGB III	Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Elterngeld	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)	Statistisches Bundesamt
Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen	SGB IX „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistik der schwerbehinderten Menschen)
Besondere Leistungen der Sozialhilfe nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII (insbesondere Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege)	SGB XII „Sozialhilfe“	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Kinderzuschlag	Bundeskindergeldgesetz (BKGG)	Bundesagentur für Arbeit (Familienkasse)
Kindergeld	Bundeskindergeldgesetz (BKGG)	Bundeszentralamt für Steuern/Bundesagentur für Arbeit (Familienkasse)
Unterhaltsvorschussleistungen	Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	SGB VIII „Kinder- und Jugendhilfe“	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Mutterschaftsgeld	Mutterschutzgesetz (MuSchG)	Bundesversicherungsamt
Soziale Entschädigung und Kriegsopferversorgung	Bundesversorgungsgesetz (BVG) und weitere Einzelgesetze	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)/ Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Lastenausgleich	Lastenausgleichsgesetz (LAG)	Bundesausgleichsamt

Einen vollständigen Überblick über das Ausgabevolumen des Systems der sozialen Sicherung in Deutschland bietet das Sozialbudget der Bundesregierung.⁵ Hier werden jährlich die verschiedenen Leistungen des sozialen Sicherungssystems zusammengestellt. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar.

Sozialbudget

Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich nach vorläufigen Angaben 2009 für Deutschland auf rund 754 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor wurden noch 723 Milliarden Euro für die Sozialleistungen ausgegeben. Die Sozialleistungsquote, d. h. der Anteil dieser Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt, betrug 2009 für Deutschland 31,3 % (2008: 29,0 %).

Anhang 2: Überblick zur Sozialberichterstattung in Deutschland

Der im September 2008 erschienene erste Mindestsicherungsbericht enthält einen Abschnitt zur Zielsetzung und Entwicklung der Sozialberichterstattung in Deutschland. Auf diese detaillierten Ausführungen wird hiermit verwiesen. Im Folgenden wird – insbesondere in Form tabellarischer Übersichten – der Sachstand der Sozialberichterstattung auf Ebene der Länder sowie des Bundes dargestellt.

2.1 Landessozialberichte

Ab Mitte der 1990er-Jahre begannen die Bundesländer damit, Sozialberichte zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Dabei handelte es sich in der Mehrzahl um Armutsberichte oder Berichte zur sozialen Lage der Bevölkerung. Allerdings weisen die Ländersozialberichte erhebliche inhaltliche und methodische Unterschiede auf. So werden zum Teil unterschiedliche Datenquellen und Indikatoren verwendet. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse nur sehr eingeschränkt vergleichbar. Auch die Periodizität der Veröffentlichungen unterscheidet sich von Land zu Land sehr deutlich. Sie reicht von einem einmaligen Bericht in Form einer Bestandsaufnahme bis hin zu einer kontinuierlichen Berichterstattung, die jährlich fortgeschrieben wird (siehe Tabelle 3). In der Regel basieren die Sozialberichte der Länder auf Aufträgen, die von den Landesregierungen an Forschungsinstitute oder an das jeweilige Statistische Landesamt erteilt werden. Zum Teil wird von den Beauftragten der gesamte Bericht erstellt, teilweise werden auch Gutachten zu bestimmten Themenbereichen in Auftrag gegeben, auf deren Basis der Bericht von dem federführenden Ressort der Landesregierung erstellt wird. Die Statistischen Landesämter sind zudem häufig an der Erarbeitung der Sozialberichte beteiligt, da sie für die Bereitstellung der amtlichen Statistiken aus unterschiedlichen Themenbereichen zuständig sind.

Landessozialberichte von Land zu Land sehr unterschiedlich

⁵ Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) veröffentlicht die Ergebnisse zum Sozialbudget jährlich im „Sozialbudget“ bzw. im „Sozialbericht“.
(<http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a230-09-sozialbudget-2009.html>)

Tabelle 3: Auswahl von bisher erschienenen Landesberichten im sozialpolitischen Bereich ¹

Bundesland	Titel	Herausgeber	Jahr
Baden-Württemberg	Migration und Migrantenfamilien in Baden-Württemberg. Familienbericht 2004, Teil 2	Sozialministerium Baden-Württemberg	2004
	Familien in Baden-Württemberg, Familienbericht 1998	Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg	1998
Bayern	Soziale Lage in Bayern 2010	Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	2010
	Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern		2009
	Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern 1998	Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit	1999
	Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998		1999
Berlin	Sozialstruktur und Kindergesundheit - Ein Atlas für Berlin auf Basis der Einschulungsuntersuchungen 2007/2008	Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz	2011
	Daten des Gesundheits- und Sozialwesens, Basisbericht 2009. Gesundheitsberichterstattung Berlin.		Jährlich, zuletzt 2010
	Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2009. Fortschreibung für den Zeitraum 2007 - 2008	(im Auftrag der) Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin	2009
	Sozialstrukturatlas Berlin 2008 - Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung	Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	2009
	Grundauswertung der Einschulungsdaten in Berlin 2008		2009
	Grundauswertung der Einschulungsdaten in Berlin 2007		2009
	Grundauswertung der Einschulungsdaten 2006 zur gesundheitlichen und sozialen Lage der Kinder in Berlin		2008
	Basisdaten zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Berlin		2007
	Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Berlin		2006
	Sozialstrukturatlas Berlin 2003 - Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung		2004
	Armut und soziale Ungleichheit in Berlin. Armutsbericht 2002		2002
	Sozialstrukturatlas Berlin 1999. Eine soziale Diagnose für Berlin		1999
	Sozialstrukturatlas Berlin 1997. Eine disaggregierte statistische Sozialraumanalyse		Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

¹ Auf der Internetseite [Sozialberichte NRW online](#) finden sich ein aktueller Überblick über die Sozialberichte der Länder, Informationen zu den jeweiligen Inhalten und Ansprechpartner sowie Verweise zu den Berichten.

Noch: **Tabelle 3: Auswahl von bisher erschienenen Landesberichten im sozialpolitischen Bereich**¹

Bundesland	Titel	Herausgeber	Jahr
Brandenburg	Brandenburger Sozialindikatoren 2007. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg	Landesgesundheitsamt im Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg	Jährlich, zuletzt 2009
	Lebenslagen in Brandenburg. Chancen gegen Armut	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg	2008
	Wir lassen kein Kind zurück. Soziale und gesundheitliche Lage von kleinen Kindern im Land Brandenburg		2007
	Gesund alt werden - Soziale und gesundheitliche Lage älterer Menschen im Land Brandenburg		2005
	Sozialpolitik im Überblick 2003	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg	2003
	Soziale Lage und Gesundheit von jungen Menschen im Land Brandenburg 2001		2001
Bremen	Lebenslagen in Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Bremen 2009	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen	2009
Hamburg	Obdachlose, auf der Straße lebende Menschen in Hamburg 2009	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	2009
	Lebenslagenberichterstattungen - Empfänger von Leistungen nach SGB II und SGB XII in der Freien und Hansestadt Hamburg		2007
	Armut in Hamburg II. Beiträge zur Sozialberichterstattung. Zweiter Armutsbericht für die Freie und Hansestadt Hamburg	Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1997
	Armut in Hamburg. Beiträge zur Sozialberichterstattung		1996
Hessen	Bislang ist noch kein umfassender Sozialbericht seitens der Landesregierung erschienen. Die künftige Veröffentlichung eines Landessozialberichts im 5-Jahres-Rhythmus wurde vom Hessischen Landtag beschlossen.		
Mecklenburg-Vorpommern	Bericht zur Lebenssituation von Haushalten mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern	Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern	2009
	Sozialberichterstattung für das Land Mecklenburg-Vorpommern - Alleinerziehende und kinderreiche Familien	Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern	1999
	Sozialberichterstattung für das Land Mecklenburg-Vorpommern - Problemgruppen des Arbeitsmarktes - Langzeitarbeitslose und arbeitslose Behinderte		1999

¹ Fußnote siehe Seite 14.

Noch: **Tabelle 3: Auswahl von bisher erschienenen Landesberichten im sozialpolitischen Bereich** ¹

Bundesland	Titel	Herausgeber	Jahr
Niedersachsen	Handlungsorientierte Sozialbericht- erstattung Niedersachsen	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	2010
	Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)	jährlich, zuletzt 2009
	Landesbericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum	Niedersächsischer Landtag	1998
Nordrhein- Westfalen	Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein- Westfalen	Ministerium für Arbeit, Gesund- heit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	2009
	Sozialbericht 2007. Armuts- und Reichtumsbericht		2007
	Sozialbericht 2004. Armuts- und Reichtumsbericht		2004
	Landessozialbericht 2003 - Men- schen in NRW in prekären Lebens- lagen		2003
	Sozialbericht NRW 1998 für das Land Nordrhein-Westfalen		1999
	In der Reihe Landessozialbericht- erstattung Nordrhein-Westfalen sind von 1992 bis 1998 acht Einzelbände zur Lebenslage einzelner besonders von Armutsrisiken betroffenen Bevöl- kerungsgruppen erschienen.		1992- 1998
Rheinland- Pfalz	Armut und Reichtum in Rheinland- Pfalz. Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung 2009/2010	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz	2010
	Armutsbericht	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz	2004
	Armut in Rheinland-Pfalz. Bericht '98		1998
Saarland	Sozialstudie Saar. Teilhabe und sozialer Zusammenhalt im Saarland	Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes (Auftraggeber)	2009

¹ Fußnote siehe Seite 14.

Noch: **Tabelle 3: Auswahl von bisher erschienenen Landesberichten im sozialpolitischen Bereich**¹

Bundesland	Titel	Herausgeber	Jahr
Sachsen	Sozialstrukturatlas des Landesjugendamtes für den Freistaat Sachsen 2010	Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz	2010
	Sächsischer Seniorenbericht	Sächsisches Staatsministerium für Soziales	2009
	Dritter Sächsischer Kinder- und -Jugendbericht. Kinder- und Jugendhilfe als Bildungsakteur – Biografieverläufe und Bildungszugänge junger Menschen in Sachsen		2009
	Sozialbericht 2006 - Teil 2: Konzeption der Sächsischen Staatsregierung zur Vermeidung von Armutsrisiken und zur Förderung von Teilhabechancen in Sachsen		2007
	Sozialbericht 2006 - Lebenslagen in Sachsen		2006
	Sächsischer Seniorenbericht		2004
	Zweiter sächsischer Kinder- und Jugendbericht		2003
Zur sozialen Lage im Freistaat Sachsen	Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie	2002	
Sachsen-Anhalt	Sozialbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2005-2009	Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt	2010
	2. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Sachsen-Anhalt		2008
	Sozialbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2002-2004		2006
	Armut und Reichtum in Sachsen-Anhalt		2003
	Arbeitsmarkt- und Sozialbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2000/2001	Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt	2002
Schleswig-Holstein	Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein	1999
Thüringen	Armut von Kindern und Jugendlichen in Thüringen	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit	2008

¹ Fußnote siehe Seite 14.

2.2 Armuts- und Sozialberichterstattung auf Bundesebene

Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung

Im Jahr 2000 erteilte der Deutsche Bundestag der Bundesregierung den Auftrag, in jeder Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Der erste Bericht wurde 2001 unter dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ veröffentlicht; der zweite Bericht folgte vier Jahre später im März 2005, der dritte Bericht erschien im Juli 2008⁶. Mit diesen umfassenden Berichten wurde erstmals eine detaillierte Analyse der sozialen Lage in ganz Deutschland mit national vergleichbaren Standards vorgelegt. Dabei wurden die Lebenslagen der Menschen in Deutschland im Hinblick auf Einkommen, Vermögen, Erwerbstätigkeit und Bildungsbeteiligung auf Basis objektiver statistischer Daten analysiert. Zielsetzungen einer regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung sind laut Bundesregierung u. a. die Bestandsaufnahme und Analyse der sozialen Realität auf der Basis von empirisch-statistischem Material und wissenschaftlichen Untersuchungen sowie die Darstellung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung⁷. Den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung liegen Statistiken aus unterschiedlichen amtlichen und nicht amtlichen Datenquellen zugrunde. Die Ergebnisse werden in der Regel nicht nach Bundesländern aufgliedert, sondern stellen die Situation auf Bundesebene im Zeitverlauf dar. Die Anbindung der nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung an die Sozialschutzaktivitäten auf Ebene der Europäischen Union zeigt sich in der Verwendung der sogenannten „Laeken-Indikatoren“. Es handelt sich dabei um 18 soziale Indikatoren, die vom Europäischen Rat im Jahr 2001 verabschiedet wurden und seitdem eine zentrale Rolle bei der regelmäßigen Sozialberichterstattung auf europäischer Ebene spielen.

Neben dem Armuts- und Reichtumsbericht existieren auf Bundesebene weitere Standardwerke, die anhand statistischer Daten die soziale Lage unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen darstellen (siehe Tabelle 4). Dabei ist im Wesentlichen zwischen amtlichen und nicht amtlichen Akteuren zu unterscheiden. Zu den amtlichen Akteuren zählen auf Bundesebene hauptsächlich die Ministerien, die im sozialpolitischen Bereich aktiv sind. Bei den nicht amtlichen Akteuren kann zwischen den (Wohlfahrts-)Verbänden und den Sozialforschungsinstituten als Herausgeber der Berichte unterschieden werden. Die Veröffentlichungen der Wohlfahrtsverbände konzentrieren sich auf die Armutsberichterstattung, während die Sozialforschungsinstitute mehrere Themenbereiche der Berichterstattung mit einbeziehen.

Datenreport

Ein weiteres Standardprodukt zur Sozialberichterstattung ist die Publikation „Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland“ (erscheint voraussichtlich im Oktober 2011). Dieser Bericht wird gemeinsam vom Statistischen Bundesamt, Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) erarbeitet und herausgegeben. Der Datenreport, der seit fast 25 Jahren – zumeist im zweijährlichen Rhythmus – erscheint, ist somit ein einzigartiges Gemeinschaftsprojekt der amtlichen Statistik und der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung.

⁶ Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2008 (<http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/forschungsbericht-der-3-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung.html>).

⁷ Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 4.

Tabelle 4: Akteure der Sozialberichterstattung; Auswahl an bedeutenden Berichten

Amtliche Akteure	Titel	Federführung
Bund	Armuts- und Reichtumsbericht	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
	Sozialbericht	
	Sozialbudget	
	Nationaler Strategiebericht Sozialschutz und soziale Eingliederung	
	Alterssicherung in Deutschland	
	Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
	Migrationsbericht	
	Bericht über die Lage von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland	Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
	Bildungsbericht	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Kultusministerkonferenz der Länder
	Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland	BMBF in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Studentenwerk
	Bericht zur Lage der älteren Generation	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
	Familienbericht	
	Kinder- und Jugendbericht	
	Wohngeld- und Mietenbericht	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
	Soziale Mindestsicherung in Deutschland	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland	Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	
Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland	Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA) ¹ , Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	
Länder	siehe Tabelle 3	
Kommunen	Es existieren mindestens 342 kommunale Sozialberichte ²	

¹ 1986 gegründet als Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen und in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern aufgenommen, bestand GESIS aus den drei rechtlich selbstständigen Instituten InformationsZentrum für Sozialwissenschaften (IZ) in Bonn, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) in Köln und Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. Seit 2007 zu einer Infrastruktureinrichtung verschmolzen, hat GESIS im November 2008 den Namenszusatz „Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften“ angenommen, um seine Zugehörigkeit zur Leibniz-Gemeinschaft hervorzuheben.

² Vgl. Mardorf, Silke: Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. Wiesbaden, 2006, S. 164.

Noch: **Tabelle 4: Akteure der Sozialberichterstattung; Auswahl an bedeutenden Berichten**

Nicht amtliche Akteure	Titel	Federführung
Verbände	Unter unseren Verhältnissen II. Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband
	Unter unseren Verhältnissen. Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland	
	Armut und Ungleichheit in Deutschland	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPW), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Hans-Böckler-Stiftung
	Sozialpolitische Bilanzen und Fachbeiträge zum Thema Armut	Nationale Armutskonferenz
	Arme unter uns	Caritas
	Armes reiches Deutschland	26 kirchliche Herausgeber
	Armut in Deutschland – Bevölkerungsgruppen unterhalb der ALG II-Grenze	gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, J. W. Goethe-Universität Frankfurt a. M. (Herausgeber: DIW)
Mehrere Berichte zur Armut von Kindern und Jugendlichen	Arbeiterwohlfahrt (AWO)	
Forschungsinstitute	Datenreport 2011	Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Bundeszentrale für politische Bildung
	Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland	Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA) ¹ , Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Statistisches Bundesamt, Bundeszentrale für politische Bildung
	Sozialreport	Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V. (SFZ)
	Zahlreiche Publikationen auf Basis der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)	Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS)
	Zahlreiche Publikationen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

¹ Fußnote siehe Seite 19.

Anhang 3: Tabellen/Zeitreihen

Tabelle A1: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2009 nach Leistungssystemen und Ländern

Land	Leistungen nach dem SGB II			Hilfe zum Lebensunterhalt ²	Grundsicherung ³	Asylbewerberleistungen ⁴	Kriegsopferfürsorge ⁵	Insgesamt
	zusammen	davon						
		ALG II ¹	Sozialgeld					
Baden-Württemberg	490 604	347 434	143 170	5 416	71 402	9 275	5 599	582 296
Bayern	496 360	355 048	143 312	9 115	88 793	8 762	5 173	610 203
Berlin	593 079	438 055	155 024	6 470	57 502	10 528	2 509	670 088
Brandenburg	293 120	226 660	66 460	2 338	19 370	2 906	849	318 583
Bremen	94 709	68 179	26 530	1 533	11 435	2 690	334	110 701
Hamburg	197 192	142 834	54 358	3 148	27 554	6 713	1 035	235 642
Hessen	441 078	307 889	133 189	10 860	63 009	7 488	5 779	528 214
Mecklenburg-Vorpommern	226 734	174 917	51 817	2 431	16 319	2 302	545	248 331
Niedersachsen	646 891	463 276	183 613	9 289	82 824	16 036	4 187	759 227
Nordrhein-Westfalen	1 643 228	1 172 649	470 579	23 181	195 164	33 327	11 060	1 905 690
Rheinland-Pfalz	244 707	173 061	71 646	3 318	34 265	4 560	2 439	289 289
Saarland	82 022	60 589	21 433	1 208	11 067	1 411	628	96 336
Sachsen	490 080	377 954	112 126	3 709	23 722	4 847	2 181	524 539
Sachsen-Anhalt	329 941	256 365	73 576	2 829	18 497	3 837	538	355 642
Schleswig-Holstein	234 230	167 398	66 832	5 580	29 999	3 812	2 101	275 722
Thüringen	231 388	175 994	55 394	2 325	12 942	2 741	1 299	250 695
Deutschland	6 737 363	4 908 304	1 829 059	92 750	763 864	121 235	46 256	7 761 468

1 Arbeitslosengeld II.

2 Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.

3 Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.

4 Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

5 Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge 2008 (zweijährliche Statistik).

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Tabelle A2: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2006 bis 2009 nach Ländern

Land	2006		2007		2008		2009	
	insgesamt	Quote ¹						
Baden-Württemberg	606 818	5,7	576 603	5,4	544 940	5,1	582 296	5,4
Bayern	659 664	5,3	620 828	5,0	583 636	4,7	610 203	4,9
Berlin	681 756	20,0	681 165	19,9	663 676	19,3	670 088	19,5
Brandenburg	371 170	14,6	353 651	13,9	330 470	13,1	318 583	12,7
Bremen	116 003	17,5	112 899	17,0	108 028	16,3	110 701	16,7
Hamburg	242 300	13,8	240 228	13,6	232 579	13,1	235 642	13,3
Hessen	546 056	9,0	532 624	8,8	516 578	8,5	528 214	8,7
Mecklenburg-Vorpommern ..	300 870	17,8	282 012	16,8	257 743	15,5	248 331	15,0
Niedersachsen	821 177	10,3	796 836	10,0	759 449	9,6	759 227	9,6
Nordrhein-Westfalen	1 951 494	10,8	1 931 217	10,7	1 846 092	10,3	1 905 960	10,7
Rheinland-Pfalz	304 471	7,5	293 122	7,2	280 762	7,0	289 289	7,2
Saarland	101 759	9,8	99 022	9,6	93 921	9,1	96 336	9,4
Sachsen	599 596	14,1	574 436	13,6	533 009	12,7	524 539	12,6
Sachsen-Anhalt	407 925	16,7	394 348	16,3	366 958	15,4	355 642	15,1
Schleswig-Holstein	295 520	10,4	286 439	10,1	275 534	9,7	275 722	9,7
Thüringen	294 133	12,7	279 401	12,2	252 639	11,1	250 695	11,1
Deutschland	8 300 712	10,1	8 055 831	9,8	7 646 014	9,3	7 761 468	9,5

¹ Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung an der jeweiligen Bevölkerung in %; Bevölkerungsstand: 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

**Tabelle A3: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für
Arbeitsuchende¹ im Dezember 2005 bis 2009**

Jahr <hr/> Land	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Quote ²	Davon	
				erwerbs- fähig	nicht erwerbs- fähig
	Anzahl	%		Anzahl	
Deutschland					
2005	7 100 647	X	10,7	5 224 494	1 876 153
2006	7 283 493	+ 2,6	11,0	5 310 821	1 972 672
2007	7 021 621	- 3,6	10,7	5 099 463	1 922 158
2008	6 611 891	- 5,8	10,1	4 799 737	1 812 154
2009	6 737 363	+ 1,9	10,4	4 908 304	1 829 059
2009 nach Ländern					
Baden-Württemberg	490 604	+ 8,9	5,7	347 434	143 170
Bayern	498 360	+ 5,6	5,0	355 048	143 312
Berlin	593 079	+ 1,1	21,3	438 055	155 024
Brandenburg	293 120	- 3,7	15,1	226 660	66 460
Bremen	94 709	+ 3,0	18,2	68 179	26 530
Hamburg	197 192	+ 1,4	13,7	142 834	54 358
Hessen	441 078	+ 2,7	9,1	307 889	133 189
Mecklenburg-Vorpommern ...	226 734	- 3,8	17,6	174 917	51 817
Niedersachsen	646 891	+ 0,3	10,3	463 278	183 613
Nordrhein-Westfalen	1 643 228	+ 4,0	11,5	1 172 649	470 579
Rheinland-Pfalz	244 707	+ 3,7	7,7	173 061	71 646
Saarland	82 022	+ 3,2	10,3	60 589	21 433
Sachsen	490 080	- 1,6	15,6	377 954	112 126
Sachsen-Anhalt	329 941	- 3,0	18,5	256 365	73 576
Schleswig-Holstein	234 230	- 0,1	10,6	167 398	66 832
Thüringen	231 388	- 0,7	13,4	175 994	55 394

1 Leistungen nach dem SGB II "Grundsicherung für Arbeitsuchende": Erwerbsfähige erhalten Arbeitslosengeld II, Nichterwerbsfähige erhalten Sozialgeld.

2 Anteil der Empfängerinnen und Empfänger an der Bevölkerung unter 65 Jahren; Bevölkerungsstand: 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle A4: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt¹ außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2005 bis 2009

Jahr <hr/> Land	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Empfänger/-innen je 1 000 Einwohner ²	Davon	
				männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl		
Deutschland					
2005	80 845	X	1,0	39 531	41 314
2006	81 818	+ 1,2	1,0	41 225	40 593
2007	88 459	+ 8,1	1,1	46 015	42 444
2008	92 320	+ 4,4	1,1	48 428	43 892
2009	92 750	+ 0,5	1,1	49 167	43 583
2009 nach Ländern					
Baden-Württemberg	5 416	- 0,0	0,5	2 753	2 663
Bayern	9 115	+ 3,1	0,7	4 785	4 330
Berlin	6 470	- 19,5	1,9	3 370	3 100
Brandenburg	2 338	- 7,9	0,9	1 329	1 009
Bremen	1 533	+ 2,5	2,3	758	775
Hamburg	3 148	+ 3,0	1,8	1 575	1 573
Hessen	10 860	+ 7,8	1,8	5 707	5 153
Mecklenburg-Vorpommern ...	2 431	+ 8,2	1,5	1 461	970
Niedersachsen	9 289	- 1,2	1,2	4 836	4 453
Nordrhein-Westfalen	23 181	+ 3,3	1,3	11 940	11 241
Rheinland-Pfalz	3 318	+ 5,3	0,8	1 656	1 662
Saarland	1 208	- 0,4	1,2	644	564
Sachsen	3 709	+ 1,3	0,9	2 269	1 440
Sachsen-Anhalt	2 829	- 3,4	1,2	1 696	1 133
Schleswig-Holstein	5 580	+ 1,5	2,0	2 961	2 619
Thüringen	2 325	+ 0,6	1,0	1 427	898

¹ Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII "Sozialhilfe".

² Bevölkerungsstand: 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres.

Tabelle A5: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung¹ am Jahresende 2003 bis 2009

Jahr Land	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Quote ²	Davon	
				voll erwerbs- gemindert ³	65 Jahre und älter
	Anzahl	%		Anzahl	
Deutschland					
2003	438 831	X	0,7	181 097	257 734
2004	526 034	+ 19,9	0,8	232 897	293 137
2005	630 295	+ 19,8	0,9	287 440	342 855
2006	681 991	+ 8,2	1,0	311 448	370 543
2007	732 602	+ 7,4	1,1	340 234	392 368
2008	767 682	+ 4,8	1,1	357 724	409 958
2009	763 864	- 0,5	1,1	364 027	399 837
2009 nach Ländern					
Baden-Württemberg	71 402	- 4,0	0,8	33 680	37 722
Bayern	88 793	+ 0,3	0,9	37 764	51 029
Berlin	57 502	+ 1,5	2,0	26 684	30 818
Brandenburg	19 370	- 2,3	0,9	12 746	6 624
Bremen	11 435	+ 3,3	2,0	4 584	6 851
Hamburg	27 554	+ 2,4	1,8	9 791	17 763
Hessen	63 009	+ 0,6	1,3	28 062	34 947
Mecklenburg-Vorpommern ...	16 319	- 2,8	1,1	10 931	5 388
Niedersachsen	82 824	- 0,5	1,3	41 721	41 103
Nordrhein-Westfalen	195 164	- 0,3	1,3	87 127	108 037
Rheinland-Pfalz	34 265	- 1,4	1,0	16 310	17 955
Saarland	11 067	+ 0,8	1,3	4 748	6 319
Sachsen	23 722	- 2,3	0,7	14 550	9 172
Sachsen-Anhalt	18 497	- 3,2	0,9	11 963	6 534
Schleswig-Holstein	29 999	+ 1,0	1,3	14 821	15 178
Thüringen	12 942	- 1,1	0,7	8 545	4 397

1 Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung war bis Ende 2004 im eigenständigen Grundsicherungsgesetz (GsiG) geregelt; seit 01.01.2005 werden die entsprechenden Leistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII "Sozialhilfe" gewährt.

2 Anteil der Empfängerinnen und Empfänger an der Bevölkerung ab 18 Jahren; Bevölkerungsstand: 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres.

3 Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfängerinnen und Empfänger im Alter von 18 bis 64 Jahren.

Tabelle A6: Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am Jahresende 1994 bis 2009

Jahr	Insgesamt	Davon	
		männlich	weiblich
1994 ¹	446 500	264 200	182 300
1995 ²	488 974	288 005	200 969
1996	489 742	287 588	202 154
1997	486 643	287 101	199 542
1998	438 873	263 093	175 780
1999	435 930	255 311	180 619
2000	351 642	204 218	147 424
2001	314 116	186 010	128 106
2002	278 592	166 086	112 506
2003	264 240	157 249	106 991
2004	230 148	135 271	94 877
2005	211 122	122 699	88 423
2006	193 562	111 324	82 238
2007	153 300	89 075	64 225
2008	127 865	75 117	52 748
2009	121 235	71 649	49 586
Veränderung zum Vorjahr in %			
1995 ²	+ 9,5	+ 9,0	+ 10,2
1996	+ 0,2	- 0,1	+ 0,6
1997	- 0,6	- 0,2	- 1,3
1998	- 9,8	- 8,4	- 11,9
1999	- 0,7	- 3,0	+ 2,8
2000	- 19,3	- 20,0	- 18,4
2001	- 10,7	- 8,9	- 13,1
2002	- 11,3	- 10,7	- 12,2
2003	- 5,2	- 5,3	- 4,9
2004	- 12,9	- 14,0	- 11,3
2005	- 8,3	- 9,3	- 6,8
2006	- 8,3	- 9,3	- 7,0
2007	- 20,8	- 20,0	- 21,9
2008	- 16,6	- 15,7	- 17,9
2009	- 5,2	- 4,6	- 6,0

1 Zahlen gerundet.

2 Die Angaben für das Berichtsjahr 1995 weisen eine geringfügige Untererfassung auf, da die Daten von Bremerhaven fehlen. Dies entspricht einer Größenordnung von ca. 1 400 Regelleistungsempfängerinnen und -empfängern.

Tabelle A7: Empfängerinnen und Empfänger laufender Leistungen der Kriegsopferfürsorge und Bruttoausgaben der Kriegsopferfürsorge von 1963 bis 2008¹

Jahr	Empfänger/-innen laufender Leistungen am 31.12.	Bruttoausgaben in Millionen EUR	
		insgesamt	darunter Hilfe zur Pflege ²
Früheres Bundesgebiet			
1963	173 000	159	.
1964	160 000	170	.
1965	167 000	194	.
1966	176 000	242	.
1967	173 000	240	.
1968	171 000	232	.
1969	172 000	238	.
1970	178 000	256	.
1971	187 000	305	.
1972	205 000	367	.
1973	212 000	409	.
1974	225 000	458	.
1975	215 000	499	.
1976	208 000	480	.
1977	193 000	470	.
1978	190 000	476	.
1979	187 000	516	.
1980	190 000	572	.
1981	183 000	624	.
1982	172 000	645	.
1983	142 000	627	.
1984	132 000	644	.
1985	132 000	673	400
1986	131 000	720	436
1987	130 000	752	465
1988	131 000	797	504
1989	141 000	832	535
1990	154 000	907	594
Deutschland			
1991	153 000	996	669
1992	159 000	1 099	760
1993	168 000	1 240	883
1994	161 000	1 348	993
1995	149 000	1 354	1 014
1996	133 000	1 195	871
1997	117 000	765	459
1998	107 000	689	400
1999	99 000	649	370
2000 ³	97 000	630	370
2002	85 000	591	342
2004	76 000	588	349
2006	60 000	531	295
2008	46 000	472	280

1 Zahlen gerundet.

2 Durch Änderungen in der Statistik sind die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege vor 1985 nur eingeschränkt vergleichbar. Aus diesem Grund wird auf die Darstellung der Zahlen verzichtet.

3 Seit Berichtsjahr 2000 wird die Statistik nur noch alle zwei Jahre erhoben.

Tabelle A8: Bruttoausgaben für ausgewählte Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2006 bis 2009

Jahr Land	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen der Sozialhilfe nach SGB XII			Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	Leistungen der Kriegsopferfürsorge ³
	zusammen	davon			
		lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt ¹	lfd. Grundsicherung ²		
1 000 EUR					
Deutschland					
2006	3 620 313	462 438	3 157 875	850 937	530 736
2007	4 040 307	494 768	3 545 539	752 810	530 736
2008	4 293 427	523 554	3 769 873	604 521	472 010
2009	4 565 644	552 078	4 013 566	581 896	472 010
2009 nach Ländern					
Baden-Württemberg	437 416	29 195	408 221	33 545	50 116
Bayern	519 909	49 333	470 576	62 530	70 540
Berlin	351 126	34 428	316 698	54 342	15 176
Brandenburg	97 893	10 635	87 258	9 565	2 658
Bremen	67 880	8 436	59 444	16 389	4 336
Hamburg	184 140	31 365	152 775	26 331	10 580
Hessen	430 324	84 420	345 904	38 631	57 139
Mecklenburg-Vorpommern ...	83 135	11 466	71 668	10 115	1 610
Niedersachsen	495 795	52 316	443 480	65 520	39 080
Nordrhein-Westfalen	1 179 086	145 676	1 033 410	169 185	159 730
Rheinland-Pfalz	190 214	18 043	172 170	19 108	26 318
Saarland	64 160	6 843	57 316	3 984	6 225
Sachsen	117 648	16 239	101 409	22 038	7 264
Sachsen-Anhalt	87 703	11 329	76 373	19 336	4 537
Schleswig-Holstein	195 860	32 309	163 550	19 510	12 848
Thüringen	63 357	10 043	53 314	11 767	3 851

1 Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.

2 Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“ (mit Ausnahme Berichtsjahr 2006: Gesamte Leistungen).

3 Seit Berichtsjahr 2000 wird die Statistik nur noch alle zwei Jahre erhoben.

Tabelle A9: Anzahl der Kinder mit Kinderzuschlag am Jahresende 2006 bis 2009

Jahr	Anzahl der Kinder, für die Kinderzuschlag gezahlt wird ¹
Land	
Deutschland	
2006	42 254
2007	32 043
2008	132 545
2009	185 307
2009 nach Ländern	
Baden-Württemberg	21 428
Bayern	17 149
Berlin	5 886
Brandenburg	3 203
Bremen	2 800
Hamburg	5 369
Hessen	12 158
Mecklenburg-Vorpommern ...	4 115
Niedersachsen	24 943
Nordrhein-Westfalen	57 192
Rheinland-Pfalz	6 649
Saarland	1 807
Sachsen	7 679
Sachsen-Anhalt	2 725
Schleswig-Holstein	7 690
Thüringen	4 514

¹ Der Kinderzuschlag zählt nicht zu den sozialen Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung.

Quelle: Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
<http://www.destatis.de>
Infoservice
Telefon: 0611 75-2405
Telefax: 0611 72-4000
www.destatis.de/kontakt

**Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn**
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: 0611 75-1
Telefax: 0611 75-8990/-8991
poststelle@destatis.de

**Statistisches Bundesamt
i-Punkt-Berlin**
Friedrichstraße 50
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
Telefon: 0611 75-9434
Telefax: 0611 75-9430
i-punkt@destatis.de

Statistische Ämter der Länder

**Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg**
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711 641-2886
Telefax: 0711 641-2973
www.statistik-bw.de
vertrieb@stala.bwl.de

**Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung**
Neuhauser Straße 8
80331 München
Telefon: 089 2119-205
Telefax: 089 2119-457
www.statistik.bayern.de
vertrieb@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlerstraße 3a
14467 Potsdam
Telefon: 0331 8173-1777
Telefax: 030 9028-4091
www.statistik-berlin-brandenburg.de
info@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon: 0421 361-6070
Telefax: 0421 361-6168
www.statistik.bremen.de
bibliothek@statistik.bremen.de

**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Standort Hamburg
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon: 040 42831-1776
Telefax: 040 42831-1700
Standort Kiel
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon: 0431 6895-9393
Telefax: 0431 6895-9498
www.statistik-nord.de
info@statistik-nord.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-0
Telefax: 0611 3802-890
www.statistik-hessen.de
info@statistik-hessen.de

**Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern**
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon: 0385 588-56411
Telefax: 0385 588-56708
www.statistik-mv.de
statistik.auskunft@statistik-mv.de

**Landesbetrieb für Statistik und
Kommunikationstechnologie
Niedersachsen (LSKN)**
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon: 0511 9898-1134
Telefax: 0511 9898-4132
www.lskn.niedersachsen.de
auskunft@lskn.niedersachsen.de

**Information und Technik
Nordrhein-Westfalen**
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2495
Telefax: 0211 9449-2104
www.it.nrw.de
statistik-info@it.nrw.de

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz**
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-4444
Telefax: 02603 71-194000
www.statistik.rlp.de
info@statistik.rlp.de

Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681 501-5925
Telefax: 0681 501-5915
www.statistik.saarland.de
presse.statistik@lzd.saarland.de

**Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen**
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon: 03578 33-1423
Telefax: 03578 33-1598
www.statistik.sachsen.de
vertrieb@statistik.sachsen.de

**Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt**
Merseburger Straße 2
06010 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2318-0
Telefax: 0345 2318-913
www.statistik.sachsen-anhalt.de
info@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon: 0361 37-900
Telefax: 0361 37-84699
www.statistik.thueringen.de
auskunft@statistik.thueringen.de

Bundesagentur für Arbeit

Bundesagentur für Arbeit
Statistik
90327 Nürnberg

Dienstgebäude:
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg
<http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Kontakt aufnehmen können Sie über:
Telefon: 01801 78722 10 (Hotline *)
Telefax: 01801 78722 11 *)

*) 3,9 ct/min aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Bei Anrufen aus Mobilfunknetzen höchstens 42 ct/min.

E-Mail: Statistik-datenzentrum@arbeitsagentur.de

